

Gerulf Stix

Demokratie und Führung

Auch und gerade in der Demokratie ist Führung eine unvermeidliche Notwendigkeit. Wer das leugnet, weil er vielleicht von einer „herrschaftslosen Gesellschaft“ träumt, will einfach nicht die Realität der menschlichen Psyche wahrhaben. Dieser Aufsatz versucht, die Eingangsthese zu begründen und zu untermauern. Natürlich gibt es dazu theoretische Argumente. Doch hauptsächlich geht es um praktische Erfahrungen, weil nur durch sie die nun einmal vorgefundene Wirklichkeit erfasst werden kann. Zwar stellte der irische Spötter Bernard Shaw hohe Erwartungen an menschliche Erfahrung: „Bis zum Alter von 100 Jahren sollte der Mensch studieren, zwischen 100 und 200 Jahren seinen Beruf ausüben, und erst nach dem 2. Jahrhundert damit beginnen, seine Schlüsse zu ziehen.“ (Georg Bernard Shaw 1856–1950) Wenngleich diese Perspektive jedem Sterblichen verwehrt bleibt, so konnte ich doch in vielen Jahrzehnten einige Erfahrungen sammeln.^[1] Als überzeugter Demokrat weiß ich sehr wohl Bescheid um alle die Gefährdungen, die jeder Demokratie von übersteigertem Führertum her drohen. Andererseits aber lehren Beobachtung und Erfahrung, dass demokratische Gesellschaften ohne eine ihnen angepasste Führung nicht funktionieren. Die „herrschaftslose Gesellschaft“ bleibt pure Utopie. Darüber soll hier gesprochen werden.

Der ungewöhnlich hohe Wahlsieg der ÖVP am 15. Oktober 2017 ist hauptsächlich dem Führungstalent von Sebastian Kurz und dessen PR-Begabung zu verdanken. Wie sehr sich die alten ÖVP-Granden vor dem sehr selbstbewussten Führungsstil dieses 31-jährigen Strahlmanns ducken, belegt die praktisch widerspruchsfreie Hinnahme vieler seiner „Durchgriffsrechte“. Lange eingeübte Regeln bei dieser „Bünde-Partei“ wurden stillschweigend beiseite geschoben. Ein Vergleich mit dem bekanntlich führungschwachen Mitterlehner, dem Vorgänger von Kurz, macht noch deutlicher, was Führungsstärke bei einer Partei bewirken kann. Man spürte förmlich das Aufatmen bei den Funktionären und Anhängern der ÖVP. Das sagt freilich nichts über den Langzeiterfolg von Sebastian Kurz aus. Aber das ist ein anderes Thema.

Nun wäre es zu einfach, von der Bedeutung von Führungsstärke bei einer Partei, die sich aus verschiedenen Interessensgruppen bündelt, auf die gleiche Bedeutung dieser auch bei anderen demokratischen Parteien zu schließen. Trotzdem besagen meine Beobachtungen und persönlichen Erfahrungen, dass es bei den anderen Parteien im Wesentlichen gleich ist. Selbst wenn man in einem Gremium – egal ob klein oder groß – aus gewählten Männern und Frauen versucht, alle anzuhören und bei Meinungsverschiedenheiten zu vermitteln, fällt es schwer, ohne klare Vorgabe des Vorsitzenden einen insgesamt deutlichen Mehrheitsbeschluss herbeizuführen. Ob diese Vorgabe nur „klar“ oder außerdem auch maßgebend ist, hängt von der Autorität des betreffenden Vorsitzenden ab. Und diese Autorität bemisst sich in aller Regel an der Führungskraft, die der oder die Betreffende ausstrahlt. Ist das Alpha-Tier anerkannt, gilt sein Wort und die Mehrheit der (demokratisch!) Gewählten wird sich dem fügen. Fehlt hingegen die Anerkennung, so werden die Streitereien zunehmen und Mehrheitsentscheidungen schwieriger werden. Setzt sich diese negative Entwicklung fort, wird im Gremium das Verlangen nach einem „besseren“ Vorsitzenden bzw. Obmann laut und ein an Führungskraft stärkerer Konkurrent um den Vorsitz wird sich schließlich durchsetzen. Ich halte das für ein Naturgesetz, an welches ich in früheren Jahren selbst nicht so recht glauben wollte. Die Wirklichkeit ist eben eine hartnäckige Lehrmeisterin.

Die „herrschaftslose Gesellschaft“ ist eine Utopie

Vor allem Sozialisten und Grün-Wähler setzen – zumindest offiziell – auf eine so genannte Basisdemokratie. Die „Räte-Systeme“ der Sozialisten (und Kommunisten) sind aus deren Geschichte allgemein bekannt. Sie sind überall gescheitert. Entweder endeten alle basisdemokratischen Räte in uferlosen Diskussionen und scheiterten mangels der vielen rasch notwendigen Entscheidungen oder starke (redegewandte) Personen ergriffen das Zepter (!) und führten ihrerseits die nötigen Entscheidungen herbei. Stellte sich der Erfolg ein, folgte die Vielzahl der „Basisdemokraten“ mehr oder weniger willig den Vorgaben des oder der Führenden.

Die GRÜNEN versuchen sich erneut immer wieder in Basisdemokratie. Sie wählen aber rasch Sprecher-innen bzw. Obleute, sobald am Horizont basisdemokratischer Endlosdiskussionen ein (partei)politisches Chaos droht. Versagt dann die gewählte Führung wie jüngst in Österreich das Frauen-Duo Lunacek-Felipe, so wird nach Möglichkeit rasch eine neue Führung installiert.

Viel schlimmer noch ist die geschichtlich mehrfach belegte Tatsache, dass in allen basisdemokratisch und ideologisch betont nach dem Ziel einer „herrschaftslosen Gesellschaft“ ausgerichteten Parteien und Systemen nach intern aufgetretenen Turbulenzen besonders schnell der Ruf nach dem „starken Mann“ ertönt. Taucht dieser dann auf und „greift nach der Macht“, so dauert es meist nicht mehr lange bis zum Aufbau und zur Verfestigung einer Autokratie bis hin zu Despotismus. Das zieht sich durch von Napoleon über Lenin, Hitler, Stalin und Fidel Castro bis zu XiJinping. Nur am Rande sei angemerkt, dass Despoten oft auch versuchen, ihre Nachkommen in der gleichen Position zu halten. Nicht zuletzt aus diesem Bestreben heraus sind ursprünglich die Monarchien entstanden. Die Geschichte belegt das. Auch der charismatische Artilleriehauptmann Napoleon krönte sich am Gipfel seiner Erfolge schließlich zum „Kaiser der Franzosen“. Und der gegenwärtige Despot in Nordkorea ist bekanntlich ein Sohn seines kommunistisch-despotischen Vaters. Die Alleinherrschaft bleibt dann sozusagen in der Familie.

Nicht „Volksherrschaft“, sondern „Volksouveränität“

Folgt man den historischen Schilderungen, so funktionierte die Basisdemokratie recht gut in der Mutter aller Demokratien, dem antiken Athen. Doch wird gern übersehen, dass dort nur die Bürger (nicht die Bürgerinnen!) ihr Stimmrecht ausüben durften. Die vielen Sklaven hatten nichts zu melden. Überdies handelte es sich in Athen lediglich um ein paar hundert Bürger, also eine bescheidene Anzahl.^[2]

Nicht viel anders funktionierte die Basisdemokratie in der republikanischen Epoche des alten Roms. Jan Mahnert weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese antike Republik durchaus die legale Wahl eines Diktators mit unumschränkter Macht auf Zeit vorsah, nämlich in Zeiten großer Gefahren wie z. B. Kriegen. Gerade dieses klassische Beispiel einer temporären Vereinbarkeit von Demokratie und Diktatur weist auf den Bedarf an klarer Führung auch in Demokratien insbesondere in schwierigen Zeiten hin.

Heutzutage wird ganz allgemein das Wort Demokratie gern mit „Volksherrschaft“ übersetzt. In Wahrheit ist etwas anderes gemeint, nämlich die Volksouveränität: Das Volk bestimmt, wer herrschen soll. Das Gegenteil dessen ist eine Legitimierung des bzw. der Herrschenden „von oben“, mithin durch Götter (Polytheismus) oder durch Gott (Monotheismus) oder auf Grund von „göttlicher Abstammung“ (Antike). Bis herauf in die Neuzeit legitimierten sich Herrscherhäuser als „von Gottesgnaden“ auserwählt, bis 1918 auch die Habsburger. Im Gegensatz dazu bindet jede Demokratie bzw. Republik die gewählten Herrschenden an die Verantwortung gegenüber dem „Souverän Volk“. Es verdient festgehalten zu werden, dass dieser wesentliche Unterschied zwischen beiden Systemen der Machtlegitimierung die allgemeine Frage nach der Notwendigkeit von Führung auch in Demokratien für diese keineswegs verneint. Eine ständige „Herrschaft durch das Volk“, wie das gern salopp formuliert wird, ist angesichts der Fülle an laufend erforderlichen Entscheidungen einerseits und im

Hinblick auf die riesige Masse an Wählern und Wählerinnen andererseits praktisch unmöglich.

Vom „allgemeinen Volkswillen“ zum Faschismus

Demokratische Ordnung und eine durch sie legitimierte Führung bleiben allerdings stets ein Balanceakt. Nur zu leicht erliegt eine charismatische Führungspersönlichkeit der Versuchung, aus einer Stimmenmaximierung im Zuge von Wahlen nach und nach eine Massenbewegung zu formen, an deren Spitze nur mehr sie allein steht. Diese latente Versuchung kann durch bestimmte Zeitumstände beflügelt werden. Chaotische Zeitverhältnisse, vielleicht verursacht durch endlose parteipolitische Zwistigkeiten oder/und eine allgemein Führungsschwäche infolge eines überall zunehmenden Mittelmaßes, lassen bei den enttäuschten Massen schnell den „Ruf nach dem starken Mann“ erschallen. Der soll endlich wieder Ordnung schaffen. Und wenn sich einer findet, der genau das überzeugend verspricht, dann folgen ihm die begeistertsten Massen nahezu blind. Von da an ist es nur mehr ein kurzer Weg bis zur „Ausschaltung“ störender Stimmen und ganzer Gruppen durch polizeistaatliche Maßnahmen. Die Türkei unter Erdoğan fungiert hier als Menetekel. Und im geschichtlichen Rückblick erscheinen als warnende Beispiele die Faschismen jeglicher Farbe. Nur im Rückblick? Ist das moderne China mit seiner national-kommunistischen Einheitspartei und einem großen Führer, der das Volk bzw. dessen Delegierte gerade einmal alle fünf Jahre zwecks Zustimmung versammelt, nicht ein sehr gegenwartsnahes Beispiel für roten Faschismus?

Besonders beunruhigend ist die überall im Westen zunehmende Unzufriedenheit der Bürger mit der jeweiligen politischen Ordnung. Ebenso beunruhigend ist die seit Jahrzehnten stattfindende technische Hochrüstung der Exekutive. Beides sind günstige Voraussetzungen für eine höchst effektive „Machtergreifung“ durch charismatische Führungspersönlichkeiten, die die Demokratie allenfalls als eine nützliche Fassade betrachten.

Trotzdem: Nirgends geht es ohne Führung

Auch in gut funktionierenden Demokratien findet Führung durch anerkannt fähige Frauen und Männer statt. Ein Blick auf sämtliche Gemeinden mit „starken“ Bürgermeistern, die demokratisch gewählt wurden, zeigt das. Überall stimmen die gewählten Mitglieder des Gemeinderates oft mit sehr großen Mehrheiten auch unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten den Vorschlägen „ihres“ Bürgermeisters zu, wenn seine Vorschläge Hand und Fuß haben. Ein kluger Bürgermeister wird die Meinungen aller Gemeinderäte anhören und (teilweise) sogar berücksichtigen. Auch den Zukunftsvisionen des Bürgermeisters wird gefolgt, wenn er (oder sie) diese überzeugend begründet und aktiv vertritt.

Auf der Ebene föderalistischer Bundesländer lässt sich Ähnliches im Falle „starker“ Landeshauptleute beobachten.^[3] Freilich ist der Zusammenhang zwischen Zustimmungsrate im Landtag und den Vorgaben seitens des Landeshauptmannes nicht mehr so deutlich ausgeprägt wie auf der Ebene der Gemeinden. Bereits bei diesem Unterschied zeigt sich im Ansatz eine wichtige Erkenntnis: So etwas Ähnliches wie Basisdemokratie funktioniert desto besser, je kleiner die demokratisch organisierte Einheit ist. „Klein“ korreliert in diesem Zusammenhang mit dem Begriff der Überschaubarkeit. Man könnte daher auch sagen: Je überschaubarer eine Einheit ist, desto besser lässt sich (politisch) Basisdemokratie praktizieren. Doch auch in kleinen Einheiten braucht es Führung. Ein guter Führer wird aber vor jeder seiner Entscheidungen die Meinungen (und die Wünsche) aller Gruppenmitglieder einholen.

Danach hängt es von seiner persönlichen Autorität ab, ob die Gruppenmitglieder seinen Entscheidungen geschlossen folgen.

Trotzdem bleiben auch kleine Einheiten nicht vor dem Machtmissbrauch durch besonders starke und skrupellose Führungspersönlichkeiten verschont. Die Stichworte dazu reichen von Clanwirtschaft bis Mafia.

Direkte Demokratie in der Schweiz

Der Basisdemokratie kommt die direkte Demokratie wohl am nächsten. Als Beispiel für direkte Demokratie wird häufig die Schweiz herangezogen. Dort haben die Stimmbürger das Recht, auf allen Ebenen des Schweizer Bundesstaates (Gemeinde, Kantone, Bund) in Sachfragen mittels Volksabstimmungen die letztgültige Entscheidung zu treffen. Es gibt zwingende und mögliche Referenden, wobei in den Kantonen unterschiedliche Regelungen bestehen. 50.000 Stimmbürger können eine Volksabstimmung beantragen, 100.000 eine Verfassungsänderung. Jährlich finden oft eine ganze Reihe von Volksabstimmungen statt, doch die Beteiligung an diesen schwankt zwischen nur rund 30–40 %. Daran reibt sich auch die innerhalb der Schweiz laufende Kritik an den Nachteilen zu vieler und sachlich zu weitgehender Volksabstimmungen. Vor allem Parlament und Bundesregierung sind häufig sauer auf solche. Einen Anschauungsfall dafür bietet der liederliche Umgang der Exekutive mit der positiv ausgegangenen Volksabstimmung zur Begrenzung der Zuwanderung.^[4] Trotzdem gilt die direkte Demokratie der Schweiz als vorbildlich.

Verglichen mit Österreich, wo bekanntlich die FPÖ seit Langem die Einführung von Volksabstimmungen fordert und das auch zur Bedingung bei den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen macht, sind die Stimmbürger hierzulande, abgesehen von Wahlen, de facto ohnmächtig, obwohl die Bundesverfassung für seltene Fälle Volksabstimmungen sogar vorsieht, allerdings ziemlich restriktiv. Zu hoffen bleibt also, dass auch in Österreich vermehrt Volksabstimmungen gesetzlich ermöglicht werden. Eine der wenigen zwingenden Volksabstimmungen in Österreich war übrigens diejenige über den Beitritt zur EU. Es ging dabei um die entsprechende Verfassungsänderung.

Jüngst lehnten die Tiroler und Tirolerinnen per Volksabstimmung eine Bewerbung um die nächsten olympischen Winterspiele ab. Diese von der Landesregierung zuvor beschlossene Volksabstimmung ging also gänzlich anders aus, als die positiv argumentierende Regierung sich das erhofft hatte. In Tirol hat die direkte Demokratie einen Sieg errungen.

Das Beispiel der direkten Demokratie in der Schweiz ist aber zugleich auch ein Indiz dafür, dass direkte Demokratie als regelmäßige Einrichtung bestenfalls in Kleinstaaten funktioniert und das nur parallel zu einer repräsentativen Demokratie, also der Abtretung der Befugnis zur Gesetzgebung an gewählte Abgeordnete. Auch Föderalismus ist wesentlich. Desgleichen spielt die Entstehungsgeschichte der Verfassung eine wichtige Rolle. Außerdem gibt es offensichtlich ein Optimum, was die Anzahl und die Anlassfälle möglicher Volksabstimmungen betrifft.

Gerade in einer sehr lebendigen Demokratie, wie sie die Schweiz praktiziert, ist unbeschadet von Volksabstimmungen vitale Führung auf allen Ebenen vonnöten und gefragt. Die Lektüre Schweizer Zeitungen liefert Beispiele dafür in Hülle und Fülle. Sogar die Initiative für eine bestimmte Volksabstimmung benötigt einen Führungsstab. Dieser legitimiert sich meist nicht durch Wahlen, sondern er legitimiert sich anfänglich selbst.

Politik und Wirtschaft

In unseren Tagen ist immer öfter zu beobachten, dass herausragend erfolgreiche Wirtschaftsführer den Schritt in die Politik machen. Jüngstes Beispiel dafür bietet Tschechien, wo der erfolgreiche Konzernmanager Babiš die Wahlen zum Parlament gewann. (Siehe auch Lesestück Nr. 2 in dieser Folge). Für Österreich ist das bekannteste Beispiel der erfolgreiche Industrielle Frank Stronach. (Siehe auch Genius-Lesestück Nr. 2 vom November–Dezember 2012). Daneben gibt es viele kleinere Beispiele, selbst wenn man das naheliegende Motiv einer Interessenvertretung in eigener Sache einmal hier ausklammert.

Erfolgreiche Wirtschaftsführer sind meist von der Auffassung beherrscht, sie könnten mit den gleichen Methoden, mit denen sie unternehmerisch erfolgreich waren, auch in der Politik erfolgreich sein. Das erweist sich fast immer als Aberglaube. Unternehmen sind in aller Regel hierarchisch strukturiert. „Der Chef“ ordnet an und es wird ihm gefolgt. Allzu widerborstige Mitarbeiter kann er kündigen, hingegen gewünschte Mitarbeiter anstellen. Diese

quasi automatische Führungsgewalt gibt es in der Demokratie nicht. Hier hat es auch die bewährte Führungskraft mit noch dazu wechselnden Mitbewerbern zu tun, die von ganz anderer Seite gewählt wurden und vielfach noch dazu aus idealistischer Grundeinstellung heraus mitarbeiten. Unter diesen können auch „Alpha-Tiere“ sein; jedenfalls Leute, die gar nicht bloß gehorchen können oder wollen. Ebenso können gewählte Leute mit kaum überdurchschnittlichem Verstand in politischen Gremien vorgefunden werden – seien es Gegner oder vielleicht sogar Anhänger –, welche nicht einfach durch „Kündigung“ weggebracht werden können. Vereinfacht ausgedrückt: In einem Unternehmen kann man sich die Leute, mit denen man auf Dauer zusammenarbeiten will, aussuchen, hingegen in der Politik nicht. Aus diesem systembedingten Grund scheitern auch erfolgreiche Wirtschaftsführer dann in der Politik, wenn sie ihre gewohnten Führungsmethoden ebenso im neuen politischen Wirkungsbereich anwenden wollen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Jedenfalls ist es im Lichte dieser Erfahrungstatsache falsch, eins zu eins vom Erfolg in der Wirtschaft auf gleichen Erfolg auch in der Politik zu schließen oder es vielleicht sogar zu erwarten. Die Fähigkeit zur Führung im politischen Raum erfordert komplexere Eigenschaften. Das spricht jedoch ganz und gar nicht allgemein gegen Führungsmethoden in der Politik, sondern bekräftigt im Gegenteil gerade die Notwendigkeit von besonderer Führungskraft in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen, und zwar auf allen seinen Ebenen.

Versuchung und Charisma

Gerade in demokratisch verfassten Gemeinwesen braucht es Menschen, die das Talent und den Willen besitzen, Führungsrollen zu übernehmen. Aber für jeden dieser Frauen und Männer gibt es natürlich die große Versuchung, Führungstätigkeit zu missbrauchen.

Niemand ist vor dieser ständig lauernenden Versuchung gefeit! Oft besteht diese Versuchung in einer faktischen Hilflosigkeit der zu Führenden; sie schauen auf jemanden, der ihnen zeigt, „wo der Weg langgeht“. Erfolge stärken dessen Selbstbewusstsein.

Die Versuchung wächst, wenn die Geführten dem Führer signalisieren, dass sie von ihm oder von ihr geführt werden wollen, weil sie durch gute Erfahrung in seine oder ihre Führung volles Vertrauen gefunden haben. Leicht kommt es dann bei der Führungskraft zu der – bewussten oder unterbewussten – Einstellung: „Die wollen ja, dass ich sie führe – also dann!“ Die Versuchung auch zu Machtmissbrauch steigert sich.

Die gewiss höchste Form der Versuchung erfährt eine charismatische Führerpersönlichkeit an der Spitze der Hierarchie, zum Beispiel ein Bundeskanzler bzw. ein Staatsoberhaupt. Da ist der Schritt von der (organisierten) Verehrung bis hin zu einer „Vergötterung“ nicht mehr groß.

Die Geschichte wimmelt nur so von Beispielen „großer Führer“, Potentaten mit Griff zur Kaiserkrone oder zum Anspruch, „gottgesandt“ oder gar direkt „göttlicher Abstammung“ zu sein. Die Beispiele reichen von der Antike bis in unsere allerjüngste Gegenwart; von den Pharaonen über Cäsar, die Kaiser, die Faschisten aller politischen Farben bis hin zum gegenwärtigen nordkoreanischen Machthaber. Und besonders schlimm sind alle diejenigen Potentaten, die sich irgendwie auf einen allgemeinen „Volkswillen“ berufen. Sie benützen die Demokratie als eine hohle Fassade, hinter der sie ihre schier unbegrenzte Willkürherrschaft, ihre persönliche Machtfülle mit allen Kunstgriffen und Mitteln – nicht selten mit brutaler Härte – aufbauen und absichern.

Demokratie und Führung stehen in einem ständigen Spannungsverhältnis. Zwischen der Notwendigkeit von Führung und dem Missbrauch von Macht bleibt es eine heikle Gratwanderung für jede demokratische Führung auf jeder Ebene, das rechte Maß zu bewahren. Natürlich hat der Rechtsstaat in seiner demokratischen Verfasstheit viele institutionelle Regeln geschaffen, um Machtverhältnisse auszubalancieren. Sie spiegeln sich in den demokratischen Verfassungen unterschiedlich wider. Alle diese Regelungen und Einrichtungen sind wichtig und machen Sinn. Aber noch viel wichtiger ist der Charakter der jeweils Führenden. Denn keine Institution kann Missbrauch wirklich verhindern, wenn skrupellose oder irgend einem Wahn verfallene Menschen systematisch den Aufbau ihrer persönlichen Machtfülle

oder die ihrer Gruppe ohne Rücksicht auf demokratische Freiheiten planen. Wie schnell eine Demokratie in autoritäres Fahrwasser geraten kann, führt derzeit Erdoğan in der Türkei einer schockierten Öffentlichkeit drastisch vor.

Nur die demokratische Grundüberzeugung bei den Führenden selbst kann demokratische Führung sicherstellen. Und nur die persönliche Charakterfestigkeit jener Personen, die in Führungspositionen gewählt werden, kann den Bestand demokratischer Verhältnisse gewährleisten. Das vermögen auch noch so ausgeklügelte Institutionen nicht zu garantieren. Letztlich kommt es auf den Charakter des Machthabers an. Das gilt für den „mächtigen“ Bürgermeister ebenso wie für den „mächtigen“ Landeshauptmann oder den „mächtigen“ Kanzler. Die „mächtige“ Kanzlerin Angelika Merkel muss gerade in diesen Wochen lernen, wie sich das anfühlt, wenn die eigene Macht bröckelt. Die einfache Wahrheit lautet: Demokratische Führungskräfte müssen charakterstark sein und selbst die Demokratie wollen.

Anmerkungen

- [1] Zum Thema Erfahrung: Dr. Gerulf Stix, der Verfasser dieses Artikels, war Werkstudent, Bankangestellter, Vertriebsleiter, Geschäftsführer einer Exportfirma, Prokurist in einem Verlagshaus, selbstständiger Unternehmensberater und 19 Jahre FPÖ-Abgeordneter im Nationalrat, die letzten 7 Jahre dessen Dritter Präsident. Er gibt seit 20 Jahren die Genius-Lesestücke heraus.
- [2] Vgl. dazu Jan Mahnert in „Demokratie und Homokratismus“, Edition Genius, Wien 2011.
- [3] Vgl. Hans Werner Scheidl, „Die Monarchen der Zweiten Republik – Landeshauptleute im Porträt“, Verlag Ueberreuter, Wien 2002.
- [4] Vgl. Jan Mahnert, „Soll die Straße die Wahlurne aushebeln?“, Genius-Lesestück Nr. 5 im Genius-Brief März–April 2017.